Vorbericht

Vorbericht zum Nachtrag 2017

1. Vorbemerkungen

Die Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra hat in der Sitzung vom 17.11.2016 die Haushaltssatzung für das Jahr 2017 beschlossen.

Die nach den §§ 107 Abs. 4 und 108 Abs. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014 erforderliche Genehmigung ist durch die Kommunalaufsicht mit Verfügung vom 09.01.2017 erteilt worden. Ein Beitrittsbeschluss wurde am 26.01.2017 gefasst.

Mit der Bekanntmachung der Haushaltssatzung im Kommunalanzeiger 02/2017 wird die Satzung in Kraft treten.

2. Gesetzliche Grundlagen

Nach § 103 Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt kann die Haushaltssatzung nur durch Nachtragshaushaltssatzung geändert werden, die bis zum Ablauf des Haushaltsjahres zu beschließen ist.

Das für die Nachtragshaushaltssatzung entsprechend geltende Verfahren nach § 102 KVG LSA muss bis zum 31. Dezember des Haushaltsjahres abgeschlossen sein. D. h. mit der öffentlichen Bekanntmachung der Nachtragshaushaltssatzung ist der Nachtragshaushaltsplan mit seinen Anlagen an sieben Tagen öffentlich auszulegen; in der Bekanntmachung ist auf die Auslegung hinzuweisen. Enthält die Nachtragshaushaltssatzung genehmigungspflichtige Teile, darf sie erst nach der Genehmigung öffentlich bekannt gemacht werden.

3. Begründung zum Erlass der Nachtragshaushaltssatzung

Die Verbandsgemeinde hat unverzüglich eine Nachtragshaushaltssatzung zu erlassen, wenn

1. „ (...) ein erheblicher Fehlbetrag entstehen wird und der Haushaltsausgleich nur durch eine Änderung der Haushaltssatzung erreicht werden kann.“ Die Erheblichkeitsgrenze wurde auf 250.000 € festgesetzt.

2. „ bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen oder Auszahlungen bei einzelnen Haushaltsposten in einem Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen oder Gesamtauszahlungen des Haushaltsplanes erheblichen Umfang geleistet werden müssen. Mit der Haushaltssatzung wurde diese Grenze auf 250.000 EUR im Einzelfall festgelegt.

3. „Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen geleistet werden sollen“ sofern es sich nicht um geringfügige Investitionen (...) handelt. Die Geringfügigkeitsgrenze i.S. des § 103 Abs. 3 Nr. 1 KVG wurde in Höhe von 80.000 € festgelegt.

Für den vorliegenden Nachtrag der Verbandsgemeinde sind ausschlaggebend:

- Die Aufnahme der Auszahlungen für das Feuerwehrfahrzeug, welches bereits 2015 geplant wurde, jedoch nicht umgesetzt werden konnte
- Die Reduzierung der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Zuschuss Neubau Feuerwehr Ahlsdorf), da bereits im Haushaltsplan 2016 eingeplant
- Aufnahme der Einzahlungen von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen entsprechend dem ursprünglichen Planansatz, welcher durch die Kommunalaufsicht mit Genehmigung der Haushaltssatzung versagt wurde

4. Veränderungen im Ergebnisplan

Im Ergebnisplan gibt es keine Änderungen.

	bisher	neu	Differenz
Erträge	6.947.900	6.947.900	0
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Aufwendungen	6.980.500	6.980.500	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Jahresergebnis	-407.800	-407.800	0

5. Veränderungen im Finanzplan

	bisher	neu	Differenz
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.908.600	6.908.600	0
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.749.700	6.749.700	0
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.541.700	1.301.700	-240.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.735.800	1.825.500	89.700
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	283.800	509.100	225.300
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	157.800	157.800	0
Bestand Finanzmittel am Anfang des Jahres	-1.019.000	-1.019.000	0
Bestand Finanzmittel am Ende des Jahres	-928.200	-1.032.600	-104.400

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

2017 gibt es keine Änderungen.

Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

2017 gibt es keine Änderungen.

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit mindern sich um 240.000 EUR. Hierbei handelt es sich um geplante Fördermittel für das Feuerwehrgerätehaus.

Diese Fördermittel wurden bereits im Haushaltsjahr 2016 geplant. Da sich der Bau verzögert, wurden die Einzahlungen nach dem voraussichtlichen Kassenwirksamkeitsprinzips neu in den Haushaltsplan 2017 eingestellt. Die Auszahlungen für das Feuerwehrgerätehaus wurden jedoch aus den Vorjahren übertragen, da die Maßnahme begonnen wurde.

Somit ist die Maßnahme lt. Rücksprache mit der Kommunalaufsicht im Haushaltsplan 2017 falsch dargestellt. Mit dem Nachtrag wird die Einzahlung im Haushaltsjahr 2017 nicht mehr dargestellt.

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit erhöhen sich um 89.700 EUR.

Dies betrifft die Feuerwehrfahrzeuge, welche bereits in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 geplant wurden i.H.v. 500.000 €.

In dem Haushaltsjahr 2015 erfolgte keine Auszahlung. 2016 erfolgten Auszahlungen i.H.v. 160.293 €. In dieser Höhe wurde bereits ein Kredit zur Finanzierung aufgenommen (Planung 2015). Die restlichen Auszahlungen i.H.v. 339.700 € erfolgen im Haushaltsjahr 2017. Eine Kreditaufnahme i.H.v. 250.000 € ist aus dem Haushaltsjahr 2016 möglich. Somit wurden diese im Haushaltsplan 2017 nicht dargestellt (weder Einzahlungen noch Auszahlungen).

Die Kreditermächtigung aus dem Haushaltsjahr 2015 konnte nicht vollständig ausgeschöpft werden, da die Auszahlung für die Feuerwehrfahrzeuge noch nicht erfolgte.

In dem Haushaltsplan 2017 wurde nur die Kreditaufnahme i.H.v. 89.700 € berücksichtigt.

In dem Nachtragshaushaltsplan wurden die Auszahlungen von 89.700 € aufgenommen, da der Haushaltspan sonst mehr Einzahlungen als Auszahlungen für diese Maßnahme aufweist.

Eine Ermächtigungsübertragung aus dem Haushaltsjahr 2015 erfolgt somit nicht. Deshalb muss die Auszahlung neu eingestellt werden.

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erhöhen sich von 283.800 € auf 509.100 €.